

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 200.— M.
vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Saar- und
Rheinland sowie Oesterreich und
Luzern 340.— M., für das übrige
Ausland 515.— M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Island, Finnland, Frankreich,
Holland, Lettland, Luxemburg, Oester-
reich, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
und 2506-2507

Dienstag, den 3. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Anzeigenpreis:

Die einseitige Raumverteilung
loftet 50.— M. Restameile 20.— M.
„Kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte
Wort 12.— M. (zweifach zwei setz-
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
10.— M. Stellenangebote und Schul-
stellenanzeigen das erste Wort 7.— M.,
jedes weitere Wort 5.— M. Worte
über 15 Buchstaben zahlen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Abren-
nensten Seite 12.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Der Rathenau-Mord vor Gericht.

B. S. Leipzig, den 3. Oktober 1922.

Im Reichsgericht zu Leipzig hat heute vormittag um 9 Uhr der Prozeß gegen die an dem Mord auf Reichsminister Walter Rathenau Beteiligten vor dem Staatsgerichtshof begonnen. Das Reichsgericht hatte, um jeden Zwischenfall zu verhüten, eine starke polizeiliche Bedeckung erhalten. Bei dem ungeheuren Interesse, das der Prozeß nicht nur in Leipzig, sondern in ganz Deutschland erregt, war auch ein Massenandrang von Presse und Zuhörern erfolgt. Man hatte den großen Sitzungssaal gewählt, in dem die Kriegesbeschuldigtenprozesse und auch der Jagow-Prozeß sich abgepielt haben. Über der schönen eichengetäfelten Raum reichte bei weitem nicht aus, um die Erschienenen zu fassen. Man hatte, um nur einigermaßen Unterkunft zu schaffen, vor dem Gerichtstisch besondere Tische für die Vertreter der Presse aufgestellt und man hatte bei der großen Zahl der Angeklagten und Verteidiger dazu schreiten müssen, die Verteidigung abzuteilen. Rechts und links vor dem Richtertisch waren für die Anwälte Tische und Stühle aufgestellt worden. An der rechten Seite der Saalwand, zunächst dem Richtertisch, war eine große Skizze angebracht worden, welche die Königsallee und die Morfstelle im Grunewald zeigte. Um 10 Uhr war der Zuhörerraum bereits derart überfüllt, daß das Publikum auch zwischen den Stühlen und in den Gängen Aufstellung nehmen mußte.

Kurz nach 10 Uhr wurden

die Angeklagten

in den Saal geführt. Sie erschienen in der Reihenfolge: zunächst die Brüder Lechow, dann der Privatdetektiv Niedrig, Barneke, Steinbeck, Lilliesen, Plaas, v. Salomon; dahinter nahmen Platz: Ilsemann, Gänther, Dieckel, Schütt und Boh. Die Angeklagten, die fast durchweg bis auf Niedrig und Lilliesen noch ganz junge Leute sind, machten einen außerordentlich zuversichtlichen, einige sogar einen heiteren Eindruck. Lediglich Ernst Werner Lechow, der wegen Mordes angeklagt ist, war blaß und schaute ernst drein. Auch Lilliesen, der wegen Unterlassung der Anzeige eines drohenden Verbrechens unter Anklage steht, machte einen besorgten Eindruck.

Um 10 Uhr erschien Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer im Saal, gefolgt von zwei Vertretern des Reichsjustizministers, welche der ganzen Verhandlung beiwohnen werden.

Kurz nach 9 Uhr betrat dann

der Staatsgerichtshof

unter Führung des Senatspräsidenten Dr. Hagens den Saal. Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung ohne Präliminarien mit der Bemerkung, daß die Sache gegen Lechow und Genossen beginne. Dann erfolgte die Vereidigung der beiden Ersahrichter, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten und Reichsgerichtsrat Dr. Döbn, die nach der religiösen Formel vereidigt wurden. Schließlich wurden die Laienrichter Hermann Müller (Potsdam), Hildenbrand, Brandes und Jäckel vereidigt.

Hierauf wurde in die Verhandlung eingetreten. Senatspräsident Dr. Hagens: Es ist hier eine Anzahl von Anträgen eingelaufen, welche die

Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes

bezweifeln. Ich bitte die Verteidigung, sich hierzu näher zu äußern. Justizrat Dr. Hahn-Berlin: Im Namen meiner Mitverteidiger beantrage ich ergebenst: Der Staatsgerichtshof wolle sich als verfassungswidrig erklären und die Sache zur Verhandlung an das zuständige Schwurgericht verweisen. Begründen möchte ich ausführen: Das Gesetz zum Schutz der Republik ist unter dem Druck der Strafe und der Gewerkschaften entstanden. Das beweisen die Ausführungen im „Nachrichtendienst“ der Berliner Arbeiterkraft vom 2. Juli 1922, der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der SPD, der KPD, und das beweist auch die Rede des Abgeordneten Wissell in der Sitzung des Reichstags vom 11. Juli 1922, in der Herr Wissell sagte: „Ich möchte die Regierung fragen: wo ist denn auch nur den Forderungen der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften entsprechend dem ersten Teil dessen durch Verordnung der Regierung erfüllt, wie es gefordert wurde?“ Diese Ansicht, daß das Gesetz unter politischem Druck und in der Erregung des Augenblicks hergestellt worden ist, wird auch von dem Geheimen Justizrat Professor Dr. v. Hippel-Wöttingen geteilt, der sagt: „Es ist insbesondere einfach unerröglisch, wenn

Massendemonstrationen die Volksseele zum Kochen bringen und auf diese Weise unverantwortliche Drahtzieher den verantwortlichen Stellen die Art der Gesetzgebung vorzuschreiben suchen. Je schwieriger die Lage eines Gesetzgebers ist, um so mehr muß er in tüchtiger politischer Besonnenheit über den Ereignissen stehen. Ein Gesetzgeber, der das nicht kann, hat seinen Beruf verfehlt.“

Nach Artikel 103 der Reichsverfassung sind die Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Die von dem Senatspräsidenten zu ernennenden sechs Mitglieder sind als Exponenten bestimmter politischer Parteirichtungen anzusehen und deshalb von dieser abhängig. Sie sind, wie die Bitte der Mitglieder des Staatsgerichtshofes ergibt, nach diesem politischen Abhängigkeitsverhältnis ausgewählt. Es befindet sich insbesondere

kein Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei unter den Richtern.

Dies erklärt sich auch aus der Tendenz des Gesetzes: „Der Feind steht rechts.“ Nach Artikel 128 der Reichsverfassung sind alle Staatsbürger nach Wohnort der Gesetzgebung und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen. § 12 des Gesetzes zum Schutz der Republik bestimmt dem-

gegenüber ausdrücklich, daß die sechs Mitglieder, die vom Reichspräsidenten ernannt werden, nicht die Fähigkeit zum Richteramt zu haben brauchen. Der Staatsgerichtshof, speziell § 13 Abs. 4 des Gesetzes zum Schutz der Republik steht im Widerspruch mit Artikel 103 der Reichsverfassung. Durchschlagend für die Bezeichnung des

Staatsgerichtshofes als Ausnahmegericht

ist aber der Umstand, daß hier ein außerhalb der gewöhnlichen Gerichtsorganisationen stehendes Gericht geschaffen ist, dessen Mitglieder von der Exekutive mit Rücksicht auf ihre politische Einstellung berufen sind, von denen also nicht bloß von einem Richter die selbstverständliche Unterordnung unter das Gesetz erwartet wird, sondern darüber hinaus die politische Ueberzeugung von der Richtigkeit des Gesetzes. Jedenfalls aber steht das Gesetz zum Schutz der Republik insofern mit Artikel 103 der Reichsverfassung im Widerspruch, als durch Artikel 13, Absatz 4, Personen ihren gesetzlichen Richtern entzogen werden. Das darf auch ein Gesetz nicht. Die Verfassung ist das bleibende Rückgrat des modernen Staates. An ihr darf nur aus besonders wichtigen Gründen geändert werden.

Der Verteidiger wandte sich dann der prozessualen Seite des Verfahrens zu und erklärte: „Das ganze bisherige Verfahren in dieser Sache ist gesetz- und verfassungswidrig. Sämtliche Angeklagten sind von der Polizei festgenommen und nach längerer Zeit, eine Woche und darüber, dem Richter vorgeführt worden. Wegen dieses Verfahrens der Polizei ist von verschiedenen Verteidigern

gegen den Leiter der politischen Polizei

Oberregierungsrat Dr. Weiß, eine Strafanzeige wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung erstattet worden. Ein Verfahren, welches sich auf diesen Mißbrauch unter Verletzung der §§ 128, 132 und 127 der Strafprozessordnung aufbaut, auf dem also die ganzen politischen Vernehmungen beruhen, ist nicht nur gesetzwidrig, sondern auch verfassungswidrig. Ich verweise hier auch noch auf den auch jetzt noch gültigen Erlass des preussischen Justizministers Dr. Rosenfeld vom Dezember 1918, in welchem er ausdrücklich auf die Ungeheuerlichkeit des Verfahrens hinweist und von der Staatsanwaltschaft Berichterstattung über jeden Fall verlangt, in welchem ein Beschuldiger länger als 24 Stunden von der Polizei festgehalten wird, ohne seinem Richter vorgeführt zu werden.“ Der Verteidiger verlas hierauf Gutachten von Prof. Bornhagen-Jagenthaf sowie Prof. Kern-Freiburg und Prof. Dr. Frentag-Vorringhoven-Breslau, um seine Darlegungen zu stützen.

Der Vertreter der Anklage Oberreichsanwalt Ebermayer widerspricht diesen Darlegungen in kurzen Ausführungen: „Bei dem Ansehen der Verteidiger, so erklärte er, kann und will ich nicht annehmen, daß es sich bei diesem Antrag um

eine politische Demonstration

handelt. Immerhin bedauere ich, daß wir gezwungen sind, diese Frage, die wohl von einer gewissen Bedeutung ist, hier aufzurollen. Die Frage, inwieweit ein Gericht verpflichtet und berechtigt ist, auch die materielle Gültigkeit eines Gesetzes nachzuprüfen, ist umstritten. Soweit es sich darum handelt, ob ein Landesgesetz mit einem Reichsgesetz in Widerspruch steht, ist im allgemeinen dahin entschieden worden, daß das Reichsgesetz berechtigt ist, die Verfassungsmäßigkeit dieser Gesetze nachzuprüfen, wobei es allerdings an die Landesverfassungsmäßigen Bestimmungen gebunden ist. Inwieweit Reichsgesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit nachzuprüfen sind, stehe ich auf dem Standpunkt, daß das Gericht berechtigt und verpflichtet ist, diese Frage nachzuprüfen. Dieses Prüfungsrecht ist durch Reichsgerichtsentcheidung anerkannt worden. Demnach kann der Staatsgerichtshof also das Gesetz zum Schutz der Republik nachprüfen. Wenn aber die Verteidigung behauptet, daß dieses Gesetz unter dem Druck der Strafe zustandekommen ist, so muß ich demgegenüber betonen, daß es gleichgültig ist, ob das richtig ist oder nicht, nicht auf die Motive, aus denen ein Gesetz geschaffen, sondern auf das

ordnungsmäßige Zustandekommen des Gesetzes

kommt es hier an. Wenn weiter betont worden ist, daß das Gesetz gegen die Reichsverfassung verstoße, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Staatsgerichtshof kein Ausnahme-, sondern ein Sondergericht darstellt. Ausnahmegerichte sind solche, die gegen reichsgesetzliche Bestimmungen von der Verwaltung oder von den Ländern eingesetzt worden sind, oder solche, die von der Verwirklichung eines tragbaren Tatbestandes zu dessen Aburteilung nicht berufen waren, sondern denen erst nachträglich die Aburteilung übertragen worden ist. Der Staatsgerichtshof ist keinesfalls nur für besondere Fälle und für eine bestimmte Zeit bestellt, sondern ihm ist eine ganze Materie, eine Gruppe von Straftaten zur Aburteilung unterstellt. Das beweist, daß er kein Ausnahmegericht ist. Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Ausnahmegefesse in Abänderung der Reichsverfassung erlassen. Die Frage, ob das Gesetz zum Schutz der Republik ordnungsmäßig zustande gekommen ist, ist zu bejahen, da es mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Reichstag angenommen worden ist. Infolgedessen ist der Staatsgerichtshof auf Grund seines verfassungsändernden Gesetzes bestellt, und ich bitte daher, den Antrag der Verteidigung zurückzuweisen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Justizrats Dr. Hahn, der die Versicherung abgab, daß die Verteidigung mit ihrem Antrag keineswegs eine politische Demonstration beabsichtigt habe, zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Gegen 10 1/2 Uhr zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Schon gegen 10 1/2 Uhr verkündete der Vorsitzende, daß der Gerichtshof seine Zuständigkeit bejaht habe und daß der Antrag, das Verfahren dem Schwurgericht zu überweisen, abgelehnt wird.

Justizrat Hahn erhebt sich sofort und erklärt, er möchte von dem Rechtsmittel der Ablehnung des jetzigen Gerichts und einzelner Richter Gebrauch machen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Neue Kohlenpreiserhöhungen!

Von Steiger O. Werner.

Die Bergwerksunternehmer des Ruhrreviers haben den Schiedspruch, der den Bergarbeitern 150 M. pro Schicht vom 1. Oktober d. J. an zuspricht, abgelehnt. In der „Bergwerkszeitung“ vom 1. Oktober erklären sie, die Mitverantwortung für die neue Lohnsteigerung nicht tragen zu können. Gleichzeitig teilen sie in diesem Artikel mit, daß die Unternehmer ihren Abnehmern bereits mitgeteilt haben, daß sich wahrscheinlich der Kohlenpreis für Feitförderkohle vom 1. Oktober ab um 99 M. erhöht. Die Unternehmer wollen dadurch den Reichskohlenrat vor eine bereits vollzogene Preiserhöhung stellen, damit der Reichskohlenrat gezwungen ist, dieser Erhöhung zuzustimmen. Die „Bergwerkszeitung“ schreibt weiter:

„Die Wirkungen einer weiteren Kohlenpreiserhöhung auf die übrige Wirtschaft können nicht ausbleiben. Die Eisenpreise werden automatisch weiter in die Höhe gehen, und die Exportfähigkeit vieler Industrien ist mehr denn je in Frage gestellt. Vor allen Dingen wird infolge erheblich gesteigerten Kapitalbedarfs der Geldmarkt eine weitere Verflüssigung erfahren. Der Bergbau hat rechtzeitig gewarnt; man wird ihn für die Folgen, die sich aus den überleiteten Konzeptionen an die Bergarbeiter ergeben, schlechterdings nicht verantwortlich machen können. Des Wort hat jetzt der Reichsarbeitsminister.“

Die Stellungnahme der Unternehmer darf nicht unmissverständlich bleiben. Mit einer ähnlichen Begründung kann man, wie auf der Hand liegt, jede willkürliche Preiserhöhung bei jeder Ware begründen. Auch die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer des Bergbaues in verantwortlichen Stellen sind sich ihrer Verantwortung voll bewußt. Es ist demagogie der übelsten Art, wenn die Unternehmerpreise die Frage der Kohlenpreise in dieser Form behandelt. Wollen die Unternehmer diese Auseinandersetzung haben, so will ich im nachstehenden meinen Standpunkt niederlegen, der sich mit dem der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer deckt, und der sich nur dann ändern wird, wenn uns einwandfreie Zahlenunterlagen dafür gegeben werden, daß die amtlichen Feuerungsziffern auf einer falschen Berechnung beruhen.

Meinen Berechnungen liegt der Preis der Feitförderkohle zugrunde, nach dem sich die Kohlenpreise aller Bergreviere richten. Bisher hat man bei Lohnerhöhungen für eine Mark Lohnerhöhung den Preis der Feitförderkohle um 3,16 M. erhöht. Am 1. September ist man von dieser Berechnung abgegangen, weil infolge der gewaltigen Steigerung der Materialienpreise die Unternehmer höhere Kohlenpreise zur Abdeckung der gestiegenen Materialpreise verlangten. Ich habe mich sofort dagegen gewandt. So hat man bei einer Lohnzulage von 294 M. am 1. September den Kohlenpreis nicht um $294 \times 3,16 = 929$ M., sondern um fast genau das Doppelte erhöht. Der Kohlenpreis stieg einschließlich aller Abgaben wie Kohlensteuern, Abgabe für Bergmannswohnungsbauten usw. von 1513 auf 4105 M. Jetzt fordert man für 150 M. Lohnzulage nicht etwa $150 \times 3,16 = 474$ M., sondern 670 M. Außerdem aber für Steuern usw. 229 M., zusammen 999 M. Das ist, gelinde gesagt, eine Verspottung aller maßgebenden Stellen im Reich sowie des gesamten Volkes.

Vor dem Kriege betrug der Kohlenpreis pro Tonne Feitförderkohle ca. 11 M. Es war nun ziemlich genau bekannt, wie sich dieser Betrag auf die einzelnen Anteile der Selbstkosten verteilte. Verschiedene dieser Posten kann man auch heute noch genau ermitteln, wie z. B. die Lohnkosten pro Tonne, sowie Knappheitsgefälle. Andere Werte kann man auf Grund von Feuerungswerten berechnen. Auf jeden Fall haben bisher die Arbeitnehmer auf diese Weise versucht, sich ein Bild davon zu machen, wie sich im Durchschnitt die Selbstkosten bzw. der Kohlenpreis auf die einzelnen Posten verteilten.

Die Unternehmer haben zwar offiziell diese Art der Berechnung nie anerkannt oder gebraucht, aber rein praktisch war das Ergebnis ihrer Berechnungen meistens annähernd das gleiche, weshalb auch die Arbeitnehmer den Preisforderungen der Unternehmer meistens zustimmen konnten.

Jetzt aber scheinen die Unternehmer rücksichtslos an der e Wege gehen zu wollen, denn anders läßt sich die Schreibe ihrer Presse nicht verstehen. Mit viel mehr Berechtigung, wie die Unternehmer 999 M. Preiserhöhung fordern, glaube ich begründen zu können, daß die Unternehmer ohne die geringste Kohlenpreiserhöhung die 150 Mark Lohnerhöhung für Oktober tragen können. Nachstehend wird gezeigt, wie sich nach meiner Ansicht der Kohlenpreis für Juli und September und nach der Lohnerhöhung von 150 M. für Oktober der Kohlenpreis für Oktober zusammenfügt. Es sei noch bemerkt, daß die von mir gebrachten Zahlen alle errechnet sind, und daß sie daher mit den Angaben, die sonst gemacht werden, nicht ganz genau übereinstimmen. Sie sind aber durch eine Reihe von Angaben aus den noch in der Praxis stehenden Kreisen als der Wirklichkeit entsprechend bezeichnet worden. Es dürfte daher den

Unternehmern sehr schwer fallen, die nachstehenden Zahlen auch rein rechnungsmäßig, also ohne Schlagworte, zu widerlegen.

Table with 4 columns: Vor dem Krieg, Juli, Sept., Okt. and 4 rows of financial data including Kohlenkosten, Steuern, Diverfes, Anspargelkonten, Unfallversicherung, Materialien, Abschreibungen, and Kohlenpreis.

Die Unternehmer haben im Juli 126 M. Ueberschuß gehabt, weil am 15. Juni eine Lohnerrhöhung von 25 M. erfolgt ist, die erst im Monat Juli durch höhere Kohlenpreise aufgebracht werden mußte.

Nach der vorstehenden Berechnung bleiben den Unternehmern, falls für Oktober keine Kohlenpreiserhöhung erfolgt, für Oktober 32 M., d. i. ohne Zweifel etwas wenig.

Ein Kommentar zu dieser Forderung ist überflüssig. Es erscheint aber bitter notwendig, daß den Unternehmern jetzt ganz deutlich gesagt und gezeigt wird, wer die Verantwortung für die Anarchie in unserem Wirtschaftsleben trägt.

Der ewig Schwankende.

Die Erinnerungen, die Wilhelm so geschäftig in aller Herren Länder verbreiten läßt, zeichnen sich nicht gerade durch Eigenschaften aus, die bei Niederschriften starker Persönlichkeiten fesseln.

Last Ihn schreiben!

Von Bidder am Steen.

Wilhelm Hohenzollern schreibt neben Alfred Holzbock im „Total-Anzeiger“. Sein Zweck ist weniger, sich an andere als vielmehr andere an sich zu erinnern.

Rum gibt es Leute, sehr dumme Leute, die sich darüber entsetzen, daß Deserteure das am Orte sehr knappe Geld in das Ausland nachgeschickt wird.

„Nur“ einen Ausfall von rund 90 000 M. wegen nicht bezahlter Biersteuer zu verzeichnen. An Tabaksteuer konnten rund 2 Millionen Mark Steuerbeträge nicht eingezogen werden.

„Nach meiner Heimkehr“ (aus England), heißt es an einer Stelle, „konnte ich dem Kanzler über meine guten Eindrücke berichten, insbesondere, daß die Stimmung in England für Annäherung und Verständigung aufsehend günstig sei.“

Roch klarer tritt die Unentschiedenheit und Unfähigkeit dieser „Majestät“ a. D., Verantwortungen auf sich zu nehmen, in einem anderen Teil seiner Berichte zutage.

„Konstitutionelles Denken und Handeln ist für den Fürsten, dem schließlich immer die Verantwortung aufgebürdet wird, oft eine harte Aufgabe“, schließt Wilhelm diese Episode.

Schlemmerleben der Besatzungstruppen.

Allein 120 Millionen Mark für Wein.

Während im besetzten und im unbesetzten Deutschland die breiten Massen des deutschen Volkes bittere Not leiden, lassen es sich die Militärs im besetzten Gebiet auf unsere Kosten recht gut gehen.

Diese Uebersicht ist aber noch nicht erschöpft. Es kommen nämlich noch die Wein- und Sektmengen dazu, die aus dem Auslande, und zwar besonders aus Frankreich, für die Besatzungsarmee bezogen worden sind.

In bemerkenswertem Gegensatz zu dem immensen Weinkonsum steht der Bierkonsum. Hier hat der Reichsfiskus

nie begreifen. Er wird nie verstehen, daß man entweder ein Napoleon oder ein Fridericus sein muß, welche Gnade leider nicht in das System der Erbfolge einzufaktulieren ist — oder man ist ein bescheidener Repräsentant, wie der Engländer, der Schwede, der Däne, der Italiener.

Das darf uns nicht verdrießen, wir wollen uns dieses Thronzeugen eigener wie der Unzulänglichkeit eines Systems noch recht lange erfreuen.

Großes Schauspielhaus: „Der Widerspenstigen Zähmung.“

Jvan Schmidt als Regisseur hat die Aufführung unter Jugendbegleitung der Reinhardt'schen Inszenierung für den von vornherein eine starke Unterbrechung äußerer Effekte erfordernden Reifraum des Großen Schauspielhauses zurechtgemacht.

„nur“ einen Ausfall von rund 90 000 M. wegen nicht bezahlter Biersteuer zu verzeichnen. An Tabaksteuer konnten rund 2 Millionen Mark Steuerbeträge nicht eingezogen werden.

Wie die deutsche Regierung bei derartigen Verhältnissen auch noch namhafte Wiedergutmachungen leisten soll, bleibt ein Geheimnis der Ententemächte.

Erhöhung des Umlagepreises.

Verteuerung des Markenbrotens.

Berlin, 3. Oktober. (W.T.B.) Das Reichsministerium setzte heute die Beratung über die Erhöhung der Preise für das erste Drittel des Umlagegetreides fort.

Gleichzeitig mit der Genehmigung der Gesetzesvorlage stimmte das Kabinett einem Antrage des Reichsernährungsministers auf Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle zu.

Die Erhöhung wird jedoch nicht vor Ablauf dieses Monats eintreten und voraussichtlich über eine Verdoppelung nicht wesentlich hinausgehen.

Der italienische Sozialisten-Kongress.

Einheitsfront gegen die Kommunisten?

Rom, 3. Oktober. (W.T.B.) Auf dem Sozialistenkongress schlugen der Führer der Maximalisten Cazzari und der Maximalist Buffoni die Ausschließung der rechtsstehenden Sozialisten vor.

Spaß, den der Freier sich mit dem Pfeister bei der Trauung erlaubt, wird im Bericht, den man davon erhält, als ein bloß komischer Einfall geschildert.

Rümpfer war ein handfest-dreister Petruccio, ein vorwegener Geselle, mit dem in keinem Fall gut Kirchen essen ist.

Ueberfüllte Betriebsräume. Uebermüht beginnen wir einen Winter inmitten aller Nöte und Bedrängnisse der Nachkriegszeit.

Französische Propaganda im Film. Zweifellos ist der Film eines der vorzüglichsten Propagandamittel, dessen Wirksamkeit offenbar auch die französische Regierung zu schätzen weiß.

Auch in Deutschland gewährt man hier und da der Propaganda-Film-Industrie kaiserliche Unterstützung.

Die Aussperrung im Siemens-Konzern.

Vom Gesamtbetriebsrat wird uns berichtet:

Da das Pressebureau des Siemens-Konzerns einen einseitig gefärbten Bericht über die Vorgänge verbreitet, ist es nötig, der Öffentlichkeit hierüber die nötige Aufklärung zu geben.

Am 3., als die Schoren der Handarbeiter des Werner-Werkes zu ihrer gewohnten Arbeitsstätte strömten, fanden sie die Tore derselben verriegelt und ein grünes Plakat verhängte ihnen, daß sie samt und sonders entlassen wären. Den Ungeheilten teilte man mit, daß sie bis auf weiteres beurlaubt wären.

Die Ursachen dieser Vorkänge spielen schon auf längere Zeit zurück. Bald nach Inkrafttreten des B.K.G. schuf sich die Direktion des Siemens-Konzerns eine Gegenorganisation unter dem schönen Namen „Sozialpolitische Abteilung“, die sich aus ausrangierten Offizieren, angehenden Volkswirtschaftlern und einigen Juristen zusammensetzte. Stehen diese schon durch ihre Lebensanschauung mehr oder weniger der Arbeitnehmererschaft feindselig gegenüber, so noch mehr durch die Art ihrer Betätigung. Sie sind hauptsächlich dazu berufen, alle Schritte und Maßnahmen der Betriebsräte des Siemens-Konzerns zu überwachen und diese nach besten Kräften zu schädigen. Man hat es u. a. in neuerer Zeit fertig gebracht, nacheinander 10 Betriebsräte unter den feindseligsten Umständen zu entlassen. Alles nur, weil sie sich in energischer Form bemüht haben, die Interessen ihrer Kollegenschaft zu vertreten. Die Krone legte man aber am Donnerstag, den 28. September, durch die Entlassung eines der tüchtigsten und energischsten Vertreter der Arbeiterschaft des Werner-Werkes auf. Die Gründe hierfür waren folgende:

Nachdem man den Betreffenden wegen seiner Vertretung der Kollegenschaft vor dem Gewerbeamt des öfteren verwarnt hatte, benötigte man sein Zutreten als Vertreter des Metallarbeiterverbandes bei einer Verhandlung in der Bahnhofhalle als letztes Moment. Trotzdem der Betreffende seine Abmeldung ordnungsgemäß seinem Vorgesetzten mitgeteilt hatte, so daß Abzüge von seinem Einkommen auf Grund dieser Abmeldung ohne weiteres vorgenommen werden können, bestritt man, eine Abmeldung erhalten zu haben. Man war sofort bereit, ihn mit dem größten Elitemo zum Verlassen des Werner-Werkes zu bewegen. Die ganze Machination war äußerst fein gesponnen, da das Gros der Belegschaft durch die am 29. und 30. stattfindende Inventur nicht in die Betriebe anwesend war und daher zu der Sache nicht sofort Stellung nehmen konnte. Am Montag, den 2. Oktober, bemächtigte sich nach dem Bekanntwerden dieses Voralles der gesamten Handarbeitererschaft eine tiefgehende Erregung, die ihren starken Nachhall ebenfalls bei der Angestelltenchaft fand. Eine impulsiv stattfindende Betriebsversammlung auf dem Hofe sahte den Entschluß, gegen dieses provokatorische Vorgehen zu demonstrieren. Die Betreffenden rückten vor die Zimmer der Betriebsdirektoren und verlangten Direktor Jungheim, der die Entlassung ausgesprochen hatte, zu sprechen. Letzterer erstreckte sich infolge seines öfteren hervorgekehrten rigorosen Wesens allgemeiner „Beliebigkeit“ nicht nur in den Kreisen der Handarbeiter, sondern auch bei den Angestellten, die mit ihm geschäftlich zu tun haben. Da der betreffende Direktor den besseren Teil der Papierreise erwählt hatte, so führte der 1. Betriebsdirektor des Werner-Werkes, Herr Heitler, die Verhandlung. Die Unterhandlung der Arbeiterschaft mit ihm zeigte das schriftliche Zeugnis, daß das entlassene Betriebsratsmitglied vorläufig wieder eingestellt werden sollte, bis durch ordnungsmäßige Verhandlungen der Fall restlos geklärt wäre. Anscheinend hat aber die Sozialpolitische Abteilung wieder eingegriffen, so daß die heutigen Maßnahmen daraus resultierten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in der gesamten bürgerlichen und Arbeiterpresse seit Monaten der Schrei nach mehr Arbeitsleistung und mehr Arbeitsstunden ausgehoben wird, so muß man es aus volkswirtschaftlichen Gründen als unerhörte Beleidigung, daß auf Grund solcher Vorkommnisse pro Tag ca. 150 000 Arbeitsstunden restlos verloren gehen. Damit sind die Ausführungen, die der demokratische Reichstagsabgeordnete Friedrich v. Siemens, der 1. Direktor und maßgebendste Aktionär des Siemens-Konzerns auf der demokratischen Wirtschaftstagung am 16. und 17. September von sich gegeben, schwer in Einklang zu bringen. Denn nach seiner Ansicht der durch die Geleise aufzubereiten unproduktiven Kussaben, der nach seiner Auffassung sinkenden Arbeits- und Produktionsleistung der deutschen Wirtschaft, ist solche Maßnahme unbesinnlich. Es hat sich schon einmal aus Anlaß der Rathenow-Demonstration gezeigt, daß die oberen und mittleren maßgebenden Stellen im Siemens-Konzern entgegen jeder demokratischen und republikanischen Auffassung ihren brutalen Herrenstandpunkt hervorheben, so daß selbst Friedrich v. Siemens hiergegen ein Rundschreiben loslassen mußte. Es würde sich auch neuerdings empfehlen, wenn Herr v. Siemens die Maßnahmen und die herrscholische gewisse seiner Direktion sowie der Sozialpolitischen Abteilung etwas schärfer unter die Lupe nehmen würde und bei dem gerade von ihm angeschnittenen Punkte unproduktive Beschlüsse, die Einreden, die durch die Sozialpolitische Abteilung für viele Herren geschaffen sind, etwas auslegen würde.

Bemerkend muß man in diesem Fall wieder die Schnelligkeit unserer Behörden, die sofort wieder Schutz zum Schutz des maßgebendsten Unternehmens nach dem Siemens-Konzern heraus beordert hat. Da das Zutreten der Schutz in der gegenwärtigen Situation nur geeignet ist, das ins Feuer zu ziehen, würde es sich doch wohl empfehlen, die Kräfte der Polizei bei anderen nutzbringenden Unternehmen zu verwenden.

Von der gesamten Arbeitnehmererschaft des Siemens-Konzerns wird erwartet, daß sie sich durch nichts provozieren läßt und sich bereit hält, unter Leitung ihrer gewählten Vertreter die Nachgefühle der unter „demokratischer Flagge“ fegehenden Gewaltthäter zückenden werden zu lassen.

Dollar 1990!

Die Haufe am Devisenmarkt machte heute weitere Fortschritte. Es herrscht allgemeine Materialknappheit. Besonders gesucht waren englische Pfunde, im Hinblick auf die Entspannung der politischen Lage im Orient. Der Dollar erreichte zeitweise eine Höhe von 1990; gegen Mittag stellte sich der Kurs auf 1920. An der Effektenbörse rief die feste Haltung der Devisen eine allgemeine Aufwärtsbewegung des Kursniveaus hervor.

Devisenkurse.

	3. Oktober		2. Oktober	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden	72758.90	72941.10	60712.75	60887.25
1 argentinischer Papier-Peso	—	—	638.70	638.30
100 belgische Frank.	—	—	12883.85	12916.15
100 norwegische Kronen	82259.60	82340.40	31061.10	31158.90
100 dänische Kronen	38162.25	38247.75	38953.75	37046.25
100 schwedische Kronen	40188.40	40311.60	47690.30	47809.70
100 finnische Mark	4154.80	4165.20	3935.05	3944.95
1 japanischer Yen	—	—	863.90	866.10
100 italienische Lire	—	—	7690.85	7700.65
1 Pfund Sterling	—	—	7915.05	7934.95
1 Dollar	—	—	1812.73	1817.97
100 französische Franc	—	—	13732.90	13767.20
1 brasilianischer Milreis	—	—	204.74	205.26
100 Schweizer Frank.	—	—	83307.65	83922.35
100 spanische Pesetas	—	—	27395.75	27434.25
100 österr. Kronen (abgefl.)	2.60 1/2	2.64 1/2	2.48	2.52
100 tschechische Kronen	5942.55	5957.45	5667.90	5682.10
100 ungarische Kronen	73.90	74.10	72.90	73.10
100 bulgarische Letva	1129.55	1130.45	1063.05	1071.55

Zurück aus Ostpreußen.

Nicht Tage lang sind die Sonderzüge aus dem Osten der Republik, aus Ostpreußen, über das neue Polen nach Berlin heringefahren, an jedem Tage einer, und jeder Zug hatte die teuerste Frucht, die man sich denken kann: Kinder. Berlins Arbeiter-, Proletarier- und Kleinkinder. Und während wir uns hier Tag für Tag die Seele von der immer drohenden wunden Not zerschunden lassen, sprach aus diesem jüngsten Geschlecht eine so herzliche, pausbändige Lebensfreude, daß man selber ganz froh und zufriedentlich gestimmt wurde. Alle, die Kinder wie die Pfleger, stimmten in dem Lobe über die überaus freundliche Aufnahme und die vor treffliche Pflege, die die Jugend in Ostpreußen gefunden hatte, überein. Der alte griesgrünliche und schmutzige Schlesiische Bahnhof hat wohl selten so viel Lachen und Jubeln und Plappern und Klaffen gesehen, wie in diesen letzten acht Tagen, wenn vormittags um 11 Uhr der Ostpreußenzug mit den Kindern ankam. Vater und Mutter hatten mitunter alle Mühe, das Mitgebrachte, als Kartoffeln, Obst, Getreide, Mehl, nach Hause zu bringen, und abgesehen von lederen Dingen, wie Eier und Butter, gab es hier und da auch Kostbarkeiten, die sich wohl selten in einer Berliner Kleinkindertochtopf verirren: eine schöne, schnerweiße Gans. Es wohnen eben doch gutbürgerliche Leute dort oben in Ostpreußen. Das wurde uns auch am gestrigen Tage von einem Transportführer eines anderen Ostpreußenzuges, der Kinder aus Magdeburg, Bielefeld und Düsseldorf heimführt, bestätigt. Der Herr, betonte voll Entrüstung, wie ablehnend sich im allgemeinen in Ostpreußen die Großgrundbesitzer und die Großbauern zu dem Wunsch der großstädtischen Pädagogen und Jugendfürsorgler verhielten, die Großstadtkinder ein paar Monate zu sich zu nehmen. Ganz anders hingegen die mittleren, besonders aber die kleineren Besitzler. Hier waren die Kinder von vorn herein und die ganze Zeit hindurch Mitglieder der Familie; sie haben sich als solche auch gefühlt und mit ihren kleinen Kräften im Haus und Hof, im Garten und Feld sich nützlich gemacht. „Ja“, sagte ein Mädel, die mit ihren Gefährtinnen aus dem Abteilfenster gelugte und das Gespräch mit angehört hatte, „und ich habe mellen gelernt. Ich kann eine richtige Kuh richtig mellen“. Sie ist wahrhaft stolz auf ihr Können. Ein Abteil ist zu einem richtigen Kleinkindergarten geworden: da stolzigt ein lebendiger Hahn herum, eine Ente watschelt hin und her und unter einer Bont hervor kommt das Geträch einer lebendigen Gans. So haben die guten Leute in Ostpreußen für unsere Jugend gesorgt. Die Kinder aber haben alle zugenommen an Gewicht; 8, 12, 15 Pfund und mehr. Den Rekord erreicht ein Junge, der schon mal und mager hinaus und mit 29 Pfund Gewichtszunahme wieder zurückkam. Ein besonderes Dankeswort gebührt noch den Pflegern, die mit hinausgingen, um die Jugend zu betreuen und die Verbindung zwischen der Heimat und den Sommerorten aufrecht zu erhalten.

Der neue Frauenmord.

Die Polizei bereits auf der Spur der Täter.

Zur Aufklärung des Mordes an der Prostituierten Frau Olga Witt in der Wohnmannstraße 38 hat die Kriminalpolizei mit einem größeren Aufgebot die ganze Nacht hindurch gearbeitet. Das Ergebnis der Vernehmungen der Hausbewohner und anderer Zeugen, die noch im Laufe der Nacht ermittelt werden konnten, und der weiteren Nachforschungen, berechtigt zu der Hoffnung, daß das Verbrechen in kurzer Zeit vollständig aufgeklärt sein wird.

Unter dem Verdacht der Missetat- oder Mitschuldenschaft ist, wie wir bereits mitteilten, ein Mann festgenommen worden. Wie weit dieser Verdacht begründet ist, werden erst die näheren Feststellungen ergeben. Als Täter kommen zwei Männer in Betracht, ein in seinen Kreisen unter dem Spitznamen „Kurt“ bekannter Mann, und ein 26 Jahre alter aus Berlin gebürtiger Erich Jähde, der erst vor kurzem aus der Strafanstalt entlassen wurde. Beide haben sich seit einigen Tagen bei der Ermordeten unangemeldet aufgehalten und auch bei ihr übernachtet. Sie hatten allen Grund, sich vor der Polizei zu verbergen. Sie zahlten Frau Witt für jedes Nachtlager je 20 Mark. In der Nacht zum Montag, in der das Verbrechen ausgeführt worden sein muß, kamen sie, wie bereits festgestellt, um 3 Uhr in ihren Schlafwinkel. Seitdem sind sie nicht mehr gesehen worden. Die Wörder haben ihrem Opfer u. a. Wäsche- und Kleidungsstücke geraubt und sie in einem Reiseford, der ihr gehörte, weggeworfen. Die Verbrecher müssen mit diesem 1 Meter langen und 50 Zentimeter breiten Reiseford irgendwo gesehen worden sein. Entweder beim Verlassen des Hauses oder auf der Straße oder dort, wo sie ihre Beute untergestellt haben. Jeder, der nach dieser Richtung etwas befunden kann, wird ersucht, sich umgehend bei Kriminalkommissar Calzow im Zimmer 88 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden. Alle Angaben werden vertraulich behandelt. Die ausgesetzte Belohnung von 15 000 Mark ist ausschließlich für Mitteilungen aus dem Publikum bestimmt, die zur Aufklärung des Verbrechens dienen.

Der Strompreis auf 28 Mark erhöht.

Der ständige Haushaltsausschuß stimmte heute früh debattelos der Magistratsvorlage zu, nach der der Elektrizitätspreis von der nächsten Ableitung ab auf 28 Mark erhöht wird. Die endgültige Annahme in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag erscheint gesichert. Die Beschlussfassung über die Erhöhung der städtischen Unterstützung für die Volkshochschule wurde vertagt. — Abgelehnt wurde ein kommunistischer Antrag auf Gewährung einer Unterstützung von 10 000 Mark an den proletarischen Gesundheitsdienst für angeblich beim letzten Eisenbahnunglück an der Schönhauser Allee geleistete Dienste.

Die Zahlungsmittelnot.

Ausprägung der Dreimarckstücke in vollem Gange.

Das Notenamt hat gestern abend um 10 Uhr die Ausprägung der Dreimarckstücke in vollem Gange. Da sämtliche Münzstätten vormiegend mit der Ausprägung dieser Münzgattung beschäftigt sind, werden große Mengen als bald dem Verkehr zugeteilt werden können. Auch die Herstellung von Münzen über höhere Nennwerte steht bevor. Mit Rücksicht auf die Preissteigerung des Materials, die Erhöhung der Arbeitslöhne sowie mit Rücksicht darauf, daß der Verkehr diese Münzen angesichts der gestunkenen Kaufkraft nicht mehr in dem Umfange wie bisher benötigt, ist die Einstellung der Ausprägung von Münzen mit geringerem Nennwert seit langem beschlossene Sache.

In der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 1000 M. mit dem Datum vom 15. September 1922 ausgegeben werden. Sie sind 160 x 85 Millimeter groß und auf weißem Papier mit hell- und dunkelwirkendem Wasserzeichen gedruckt. Das Wasserzeichen besteht aus einem Muster, welches aus geradlinigen Figuren in Form eines „Z“ und aus sechseckigen Sternen gebildet wird, innerhalb welcher hell auf dunklem Grund die Buchstaben „G“ und „D“ abwechselnd wiederkehren. — Auch die Ausgabe neuer Hundertmarkstücke wird von der Reichsbank angefündigt. Die neue Note ist

90 mal 162 Millimeter groß. Auf der Vorderseite steht blau-schwarz gedruckt die Beschriftung zwischen zwei Wellenlinien mit der Wertziffer 100. Der Druck der Rückseite ist staubblau, während die Seitenränder der Note blaugrau getönt sind und orangefarbene Fasern enthalten.

Mit Säbel und Handschellen.

In der „Vorwärts“-Ausgabe vom 25. Juli 1922 — Nr. 346 — brachten wir einen Artikel mit der Überschrift „Mit Säbel und Handschellen“, in dem das Verhalten von Landjägern in Grünheide gekennzeichnet wurde, die gegen Jugendliche eingeschritten waren, die die Internationale gesungen hatten. Auf Veranlassung des Ministeriums des Innern wurde eine eingehende Untersuchung vorgenommen, deren Ergebnis uns übermittelt wurde. Danach hat sich der gerügte Vorgang folgendermaßen abgespielt:

Am Sonntag, den 23. Juli d. J., traf ein Landjäger auf seinem Dienstmarsch in Grünheide eine größere Anzahl junger Burschen und Mädchen, zum überwiegenden Teil nur mit Badehose resp. Badehemd bekleidet, auf der Bahnhofstraße in Grünheide an. Wegen des Badepublikums Kloge geführt hatten, und auch jetzt das Straßenpublikum starkes Mißfallen an den bademäßig gekleideten Burschen und Mädchen äußerte, wurde die Schar von dem Landjäger kurz aufgefordert, sofort die Straße zu verlassen. Dieser Aufforderung wurde jedoch nicht Folge geleistet, sondern die Menge sang auf verschiedene Juruse hin die Internationale und nahm herausfordernde Haltung gegen den Polizeibeamten ein. Erst beim Dazutreten zweier weiterer Polizeibeamten gelang es, die Menge zu zerstreuen und einen jungen Mann, der den ersten Beamten durch Rufe beleidigt hatte, festzustellen. Eine Drohung durch blanken Säbel und Handschellen hat nicht stattgefunden. Das Benehmen der Jugendlichen und nicht das Singen der Internationale war der Anlaß zum Einschreiten der Beamten, mit hin dürften die daran geknüpften Folgerungen hinsichtlich sein.

Es ist zu begrüßen, daß vom Ministerium des Innern bestätigt wird, daß das Singen sozialistischer Lieder niemals Anlaß zum Einschreiten der irgendwelchen Organe der Polizei sein darf. Im übrigen muß natürlich auch von der Jugend gefordert werden, daß sie sich stets im Rahmen des Zustandes bewegt.

Was wird aus der alten Feuerwache?

Ein eifriges Rästelraten hat über die Verwendung des Gebäudes der kürzlich aufgegebenen Feuerwache Mauerstraße Ecke Kronenstraße, das äußerlich schon recht komponiert aussieht, eingesetzt. Wie wir erfahren, soll das Gebäude seitens des Bezirksamtes Mitte jweeds Umwandlung in Büroräume auf eine Reihe von Jahren verpachtet werden. Es sollen bereits aus Interessentenkreisen zahlreiche Angebote, die sich auch für die Aufführung des Gebäudes interessieren, vorliegen. Unter anderem ist auch beabsichtigt, aus dem Hause eine Gaststätte für den Mittelstand mit anschließendem Hotelbetrieb zu machen.

Die Hundesteuer gegen die neue Steuer.

Zur Erhöhung der Hundesteuer teilt der Schutzverein der Hund- und Tierfreunde E. W., Berlin NW. 87, mit: Auf Antrag bei der Hauptsteuerverwaltung hat der Herr Generalsteuerrichter die Interessentenvereine zu einer Besprechung eingeladen, um ein vernünftiges Einverständnis mit den Hundebesitzern herbeizuführen. Einmütigkeit herrschte darüber, daß die beabsichtigte Verdoppelung der Hundesteuer eine unmögliche, schwere Belastung der Hundebesitzer sein würde. Vorgelesen waren für den ersten bis vierten Hund: 600 M., 1000 M., 1500 M. und 2000 M. Für die sogenannten Luxus Hunde: 2000 M., 3000 M., 4000 M. und 6000 M. Alle Interessenten erklärten diese Sätze geschlossen für katastrophal. Nach langen Verhandlungen wurde ein einseitlicher Steuererlass von 400 M., also von 200 M. für das zweite Halbjahr in Vorschlag gebracht. Der Generalsteuerrichter sagte wohlwollende Erwägung zu. Im übrigen hat der Verein zur Feststellung gebracht, daß nur die in der Steuerordnung angeführten Hassen Hunde unter 30 Zentimeter Höhe als Luxus Hunde im Sinne der Steuerordnung gelten. Dasselbe also, was die u. a. Hunde unter 30 Zentimeter gelten nicht als Luxus Hunde.

Wucherer an den Pranger. Der Landrat des Kreises Lettow, v. Achenbach, erläßt folgenden Aufruf: Mit eindringlichen Worten haben die maßgebenden Behörden immer wieder auf die großen Gefahren der Preistreiberie für die Volkswirtschaft hingewiesen. Da die Anzeigen wegen Ubertretung der gegen den Preiswucherer erlassenen Vorschriften beweisen, daß Erzeuger und Händler aus schneider Gewinnsucht diese Vorschriften trotzdem mißachten, werde ich künftig die Namen der Verurteilten öffentlich an den Pranger stellen.

Die Gräber der Märzgefallenen. Der ständige Haushaltsausschuß nahm einen kommunistischen Antrag an, in dem der Magistrat um eine Vorlage für die Instandsetzung der Gräber der Märzgefallenen ersucht wird. Hoffentlich kommt die Sache bald in der Stadtverordnetenversammlung zur Erledigung.

Der 11. Deutsche Pazifistenkongress. Auf dem unter Leitung der 15 Verbände des Deutschen Friedenslokals zugeht in Leipzig stattfindenden 11. Deutschen Friedenskongress, dessen Verhandlungen im Rahmen des Themas „National und International“ stehen, sprechen zum politischen Teil des Kongresses Professor Albrecht Wendelssohn-Bartholdy, Rob. Dühmann, M. d. R., Prof. James Hudson, Mitbegründer der englischen Kriegsbienförmigkeitsbewegung und -organisation, Prof. Dr. W. Schücking, M. d. R. sowie ein Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Außerdem stehen Referate von Dr. Hilferding, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, des Wiener Soziologen Rud. Goldscheid und Dr. Wolfers auf dem Programm, ferner sprechen Frau Stadtschulrat A. Siemsen, Bischof Schreiber und René Schickel zu den kulturellen Themen. Im Anschluß an die einzelnen Referate findet freie Aussprache statt.

Jahrespreisermäßigung für Studierende. Der Reichsverkehrsminister hat angeordnet, daß die Schülerferienkarten (halber Fahrpreis) nunmehr den Studierenden auch während der Weihnachtserferien zugänglich gemacht werden sollen, während sie ihnen nach den bisherigen Tarifbestimmungen nur zu Beginn und Schluß des Semesters gewährt wurden.

Einen Sportklubabend veranstaltet der Turnverein „Vorwärts“ Friedrichshagen am Mittwoch, den 11. Oktober, in Schröders Resthälen in Friedrichshagen, Friedrichstr. 137. Unter anderem läuft der Film vom 1. Arbeiterturn- und Sportfest. Die Arbeitererschaft wird um rege Beteiligung ersucht. Anfang 8 Uhr. Die am gleichen Tage stattfindende Kindererholung löst um 5 Uhr an.

Noch wieder neues Notgeld!

Die Stadtverordneten von Breslau haben einem Dringlichkeitsantrag des Magistrats zugestimmt, wonach die Stadtgemeinde Breslau Notgeld (Zwischeneine) im Gesamtbetrage von zweihundert Millionen ausgibt.

Ein großer Fabrikbrand zerstörte in Karlsruhe eine Kaffeeschmelzfabrik. Die Werkstätten wurden zerstört, jedoch haben die benachbarten Häuser wenig gelitten. Der Schaden wird auf 600 000 Frank geschätzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nacht sehr kühl, am Tage ziemlich milde, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt und etwas neblig mit mäßigen westlichen bis südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

Nur durch den schärfsten Klassenkampf . . .

Eine kleine Anfrage.

Die „Rote Fahne“ beschuldigt den Bundesausschuß des A.D.B., für die Verlängerung der Arbeitszeit einzutreten, weil er das Uebereinstimmungsabkommen im Bergbau gutgeheißen hat. Der Vorbehalt des Bundesausschusses, „daß durch die Uebereinstimmungen der gesetzliche Siebenstundentag im Bergbau keineswegs in Gefahr gebracht werden darf“, ist nach der „Roten Fahne“ nur „Geschwätz“ und „natürlich bewußter Schwindel“.

Auf diese Weise ist „natürlich“ die Behauptung furchtbar einfach, der Bundesausschuß begünstige die Verlängerung der Arbeitszeit. Den Schluß dieser Liebesschwärze, bei der auch der „Vorwärts“ erwähnt wird, bildet folgender Satz:

Jeder Arbeiter, der den Weg der heutigen Führer des A.D.B. als Weg ins Elend und zum Untergang erkannt hat (d. h. also, wer seine Kenntnis darüber den so überaus sachlichen und wahrheitsliebenden Darstellungen der „Roten Fahne“ entnimmt. Red. d. „B.“), muß sich aber dessen bewußt werden, daß nur durch den schärfsten Klassenkampf das Proletariat der Gefahr begegnen kann.

Es scheint, als liege hier nur ein kleines Mißverständnis über den Begriff des Klassenkampfes vor. Wir waren bisher der Meinung, daß Partei und Gewerkschaften seit Jahrzehnten den Klassenkampf führten, zu einer Zeit, als an die Existenz einer kommunistischen Partei nicht zu denken war. Sie wurden darin stets stark behindert durch die große Masse der Indifferenten und der Gelben, so daß sie unangesehene Agitation entfalten mußten, was ein gutes Teil ihrer Kräfte beanspruchte. Wie jeder Begriff, ist aber auch der des Klassenkampfes nicht absolut, sondern relativ. Die Formen des Klassenkampfes richten sich jeweils nach den besonderen Verhältnissen. Das gilt sowohl für einzelne Zeitalter wie für den Einzelfall. Wir möchten nun einmal positiver wissen, was man in der „Roten Fahne“ unter Klassenkampf und verschärftem Klassenkampf versteht. Es genügt uns zunächst, eine einfache Angabe der nach kommunistischer Auffassung anzuwendenden, sicher wirkenden Mittel. Weltrevolution und Generalstreik kennen wir bereits, doch sind das Waffen, mit denen man nicht tagtäglich spazieren gehen kann. Also bitte: Was ist schärfster Klassenkampf, mit welchen Mitteln ist er zu versehen? U. u. m. g.

Verammlung der Müllkutscher.

Die entlassenen Müllkutscher nahmen gestern in einer stark besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus zu dem Vorgehen der Wirtschaftsgenossenschaft für die Müllabfuhr Stellung. Branchenleiter John berichtete über die bereits im „Vorwärts“ veröffentlichten Vorgänge und verurteilte mit scharfen Worten die Handlungsweise der Wirtschaftsgenossenschaft, ihre Arbeiter plötzlich auf die Straße zu setzen. Angeblich solle der Betrieb fehlender Mittel wegen stillgelegt werden, um der Arbeiterschaft zu helfen. Der Demobilisationskommissar sei bereits angefahren und auch mit anderen Instanzen schon Fühlung genommen worden. Soweit als möglich müßten die Entlassenen in andere Arbeitsstellen gebracht werden. Wer aber keine Arbeit erhalten könne, müsse sich sofort als arbeitslos bei der Erwerbslosenfürsorge melden. Dies sei zur Wahrung der Rechte dringend erforderlich. Es sei zu erwarten, daß die Behörde Maßnahmen zur Regelung der Angelegenheit treffen werde.

Ortmann hob als Vertreter des Transportarbeiterverbandes in seinen Ausführungen hervor, daß die Organisation ihre volle Pflicht erfüllen und alle erforderlichen Schritte zur Wahrung der Rechte ihrer Mitglieder tun werde.

Nach einer sehr erregten Aussprache gab John in seinem Schlußwort den Versammelten weitere Fingerzeige für ihr ferneres Verhalten und den Rat, unerbittlich ihre Papiere zu fordern und sich die Entlassung bescheinigen zu lassen, damit nicht der Vorwurf erhoben werden könne, daß sie sich nicht um Arbeit bemüht hätten.

Aus dem Versicherungsgewerbe.

Der Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen hat die beiden im Versicherungsgewerbe bestehenden Reichsstarivverträge zum 31. Dezember 1922 gekündigt. Die Kündigung bezieht sich sowohl auf die allgemeinen Bestimmungen über Arbeitszeit, Urlaub, Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen, Kündigungsfrist usw. wie auf die Entlohnung. Trotzdem die allgemeinen Bestimmungen in vieler Hinsicht verbesserungsbedürftig sind, hatten der Zentralverband der Angestellten und die übrigen beteiligten Angestelltenorganisationen mit Rücksicht auf den Ernst der Zeiten von einer Kündigung Abstand genommen. Der Arbeitgeberverband, dessen Bestrebungen schon seit Jahren auf eine Verschlechterung der sozialen Bestimmungen der Tarifverträge gerichtet sind, kennt keine derartigen Rücksichten auf das Allgemeininteresse. Die Versicherungsgestellten sind nicht gewillt, die spärlichen Errungenschaften der geltenden Reichstarife preiszugeben. Wenn nunmehr im Versicherungsgewerbe wiederum heftige Kämpfe entbrennen, so trifft hieran ausschließlich den Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen die Schuld.

Zur Klärung im Reichsverband der Postbeamten.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hat auf seinem außerordentlichen Verbandstag im Juli d. J. den einstimmigen Beschluß gefaßt, aus dem Deutschen Beamtenbund auszutreten. Ein großer Teil der vertretenen Bezirke erstrebte schon damals den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund. Mit Rücksicht auf die noch vorzunehmende Klärung wurde jedoch davon Abstand genommen. Die inzwischen wieder einsehende Propaganda für den Deutschen Beamtenbund durch die Mitglieder in Pommern wurde besonders durch die Presse des Verbandes unterstützt sowie durch die ständige Fühlungnahme der Verbandsteilung mit dem Deutschen Beamtenbund. Der Generalsekretär Benz unternahm es sogar, trotz dem Verbandsratsbeschlusse, Ende September in Versammlungen des Deutschen Beamtenbundes als Referent aufzutreten. Es war vorauszu sehen, daß diese verbandsschädigende Politik sehr bald ihre Gegenwirkung unter der Mitgliedschaft auslösen mußte. Hierzu kommt, daß durch die unklare Haltung des Vorstandes ein großer Teil der unteren und mittleren Befolungsgruppen von den wichtigsten Verhandlungen mit der Regierung ausgeschaltet wurde.

Die Gegenwirkung machte sich dadurch bemerkbar, daß verschiedene Gruppen innerhalb des Reichsverbandes der Stimmung ihrer Mitglieder entsprechend, sich den Ortsauschüssen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes anschlossen. Nun hat erfreulicherweise auch der Bezirk Berlin, der größte Bezirk innerhalb des Reichsverbandes mit seinen 25 000 Mitgliedern, diesen Schritt getan. Seine Funktionsrätersammlung am Sonntag beschloß gegen zwei Stimmen auf Antrag des Erweiterer Bezirksvorstandes, sich dem Ortsauschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes anzuschließen. Damit dürfte eine wesentliche schnellere Entwicklung der Organisationsfrage auch innerhalb der Postbeamtschaft zu erwarten sein.

Achtung, Holzarbeiter! Die zum Montag, den 2. Oktober, geplanten Lohnverhandlungen der allgemeinen Berliner Holzindustrie konnten leider wegen Abwesenheit der maßgebenden Arbeitgebervertreter nicht stattfinden. Die Lohnverhandlungen sind auf Donnerstag, den 5. Oktober, festgesetzt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Zimmerer! Folgende Bezirke hatten heute abend zur gewöhnlichen Zeit ihre Versammlung ab: Bezirk 3, 13, 15, 19, 20 (letzterer bei Kallun, Seestraße Ecke Domstraße), 23, 24 und 29. Alle übrigen Bezirke tagen morgen. Mittwoch abend. Es ist unbedingt Pflicht, daß alle Kameraden sich an der vorzunehmenden Versammlung beteiligen. — Nächste Zahlensammlung Donnerstag, 6. u. 7. Uhr, im Bürohof, Röpkestr. 137. Die betamtegebene Vertrauensmännerversammlung fällt an diesem Tage aus.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: E. Glöck, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. u. v. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung! Konkurrenzlos billige Preise!

Wunderbare, nur erstklassige

Anzüge / Schlüpfer Winterpaletots Gummimäntel / Hosen weit unter Tagespreis!

Riesenauswahl !!

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung

Charlottenburg

133 Wilmersdorfer Str. 133

an der Bismarckstrasse.

Weitester Weg führend !!

Warenhaus Hugo Deutschland

Berlin NW., Turmstraße 48, Ecke Emdener Straße

Spezial-Angebot in Gardinen!

Durch zeitige Abschlüsse mit allerersten Gardinenfabriken bin ich in der Lage, noch sehr billige Preise zu stellen.

Nur gute und reelle Qualitäten

Künstler-Gardinen, Stores, Bettdecken, Vitragen, Brise-bises, Gardinen vom Meter, speziell auch für Berliner Fenster, Etamin, Punktmull, Kongrestoff vom Meter, Madras-Künstler-Gardinen, Etamin-Bettdecken, -Stores und -Künstler-Gardinen.

Preiswerte Kleiderstoffe :: Rohware für Blusen und Hemden :: Weiße und bunte Bettbezugstoffe noch zu billigen Preise :: Leibwäsche auch extra Anfertigung in kurzer Zeit :: Warme Unterwäsche für Damen, Herren u. Kinder

Prüfen Sie meine Preise und die Güte meiner Ware!

Möbel kaufen Sie sehr vorteilhaft bei G. Camnitzer, Schön. Allee 82, Ecke Wicherstr. Hochb. Nordr. Bei Wunsch bequeme Teilzahlung!

Zeitungs-papier gerillt, k. 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Gold-Silber-Platin Brillanten kauft reell zu höchsten Tageskursen C. Käferle Uhrmacher - Juwelier Frankfurter Allee 278

Einkauf von Brillanten Verloren, Emeraude, Platin, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe, Schapiro, Reue Königstr. 19a, im Laden.

Zahngelbte sowie Gold-, Silber-, Platin-Bruch zerbroch. Gegenstände genau denselben Wert kauft und zahlt höchste Tagespreise Barthele Edelmetallverwertung Invalidenstr. 2 v. Fr. 1. Fr. kein Laden Eingang Elisabethkirchstr. 9 (Laden) 2 Min. v. Bahn. Schönhäuser Allee

Bettwäsche

Diese Woche wieder besonders günstige Angebote!

Infolge unserer riesigen Umsätze sind wir in der Lage, unsere Artikel äußerst niedrig zu kalkulieren; außerdem legen wir ganz besonderen Wert auf gute, haltbare Qualitäten. Lassen Sie sich daher die vorliegende billigen Einkaufs bei uns nicht entgehen.

Unser gutes Renomme bürgt für beste Bedienung!

Nachfolgend bringen wir einige Beispiele unserer Angebote:

Deckbettbezüge aus guten u. besten Stoffen 625.- 850.- 1075.- 1450.- Kissenbezüge dazu passend

Bettlaken aus halbharen Stoffen, Downias-Haus 350.- 525.- 750.- 975.- auch Halbleinen, in allen Größen

Besondere Angebote:

- Prima Lusianatuch für Bettbezüge, 130 cm breit, Meter 350.-
- Prima Laken-Downias 160 cm breit, Meter 475.-
- Prima Gerstenkorn-Handtücher 98.-
- Halbleinen

Beste Bezüge nur prima Qualitäten in großer Auswahl!

Überschlaglaken aus vorzüglichem Louisiana-Stoff, mit bestem Stückerel und Stücken-Garn. Hierzu passende Plumeaus und Parocchissen

Hemdenst. Bencoré, Damast, Dimti, Louisiana u. Mahout, Lakenstoffe, Dunie Bezüge, Handtücher in allerbesten Qualitäten zu unerreicht billigen Preisen!

Riesige Auswahl! Fachmann. zuvorkommende Bedienung! Wiederverkäufer, Hotels, Anstalten usw. erhalten größeren Rabatt

Stumpe & Jäger

Größte Spezialfabrik für Bettwäsche

Kottbuser Damm 73 (Alte Kottbuser Str. 88) Landsberger Str. 88 (Kottbuser Platz)

Dresdener Straße 33 (nahe Prinzenstraße).

Bitte genau auf Firma zu achten!

Gold-, Silber-, Platin-Bruch

zahlt unüberbietbar Preise, für zur Selbstverwertung günstig bedingt

Trauringfabrik R. Felske

Grosse Frankfurter Strasse 67.

Pfandscheine, Gold-, Silber-, Platin-Bruch

kauft höchstzahlend Holzmarktstr. 5. Passage

Metallosten

schreibt Maschinen. Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Schäfer & Claß

Spezial für Ischias nur für Ischias 15 Tag. Preis. Invalidenstr. 105, v. 1-2. Jacoby

Gold-Silber-Platin-Bruch

gegenstände. Quecksilber kauft zum höchsten Tageskurs

Heinrich Trapp

Beuthstr. 10, Spittelmarkt.

Metalbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten für an Priv Kat. 30A frei. Eisenmöbelabr. Subi Thür

Leder

Preiswert!

Berthold Kuttner Lederhandlung BERLIN SO 26 Reichenberger Straße 14

Von 1 bis 3 Uhr geschlossen.

Zeitungs-papier 27 M. **Stampfe** 14 M. **Rognaklaschen** 30 M. Alle anderen Rohprodukte höchstzahlend: Mühlstr. 48 Tel. Np. 5231

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe kauft zu hohen Tagespreisen. Hahn & Co., Juwelier und Goldschmied, Neutönn, Spittelstr. 28

Restehandlg. Haarpuder Goltzstr. 2 (nahe Invalidenstr. u. Domplatz) Selden, Samt, sämtliche Futterartikel bedeutend unter Preis

Stoff-Reste-Haus A. M. Steinhardt 18 Kottbuser Damm 18

Schöne Reste für Herren-Anzüge Häute Kostüme Kleider

in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig feht große Auswahl. Streng reell. 1. Qualität.

Platin-, Gold- und Silberbruch Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe sowie Almetalle kauft zu höchsten Tagespreisen **M. ZEISKE** Berlin O., Schreinerstr. 32 (Laden) 1 Minute vom Bhf. Frankf. Allee Fahrgeleitvergütung Größtes Absteigegebot für Händler

Zahngelbte (auch zerbrochen) Zahl pro 2000.- Zahn bis 2000.- Gold- u. Platinbruch, Silbergegenst. Bei Verkauf wird Fahrgeld vergütet. Anreichtm höchstzahlend und reell. **Isenthal, Gneifenaustr. 4 vorn 3 Tr.** Rein Baden! Rein Baden!

Haben Sie Stoff? Ich fertige an nach Maß: Anzüge, Paletots für M. 4500.- Schlüpfer . . . für M. 3500.- Beste Zutaten! Moderner Schnitt! Hervorragend guter Sitz! Atelier für feine Herrenkonfektion nach Maß. **M. Blaustein** Alexanderstraße 31 Seitenhügel III. Fernspr. Königsstadt 7795.

Strickjacken aller Art, Jumper, Kimonos, Strand-Ärmeen etc. — Einzelverkauf bester Qualitätsware

Billigste Bezugsquelle **Bruno Richter**, Berlin-Pankow, Mendelstr. 26, I. strick-Niederlage Thüring, Wolfswagen-Str. 46, 47, 49, 51, 57, 131, 116. Fernruf: Pankow 3723.